



Antwort zur Anfrage Nr. 0191/2026 der AfD-Stadtratsfraktion betreffend  
**Auswirkungen von Linksterrorismus und sonstigen Gefahren auf die kritische Infrastruktur in Mainz (AfD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

**1. Hat die Stadt Mainz Erkenntnisse über Bedrohungslagen oder Gefährdungen vergleichbar wie etwa durch die linksterroristische Vulkangruppe in Berlin?**

**a) Falls die Stadt keine eigenen Erkenntnisse hat, steht die Stadt in Kontakt zu anderen Behörden?**

Nein.

a) Die Stadtverwaltung Mainz steht mit einer Vielzahl an anderen Behörden zu unterschiedlichsten Themen im Austausch.

**2. In welchem Kontakt steht die Stadt Mainz zum Landeskriminalamt, Nachrichtendiensten, dem BKA, der Landespolizei, dem Katastrophenschutz oder sonstigen Behörden oder Diensten, welche der Stadt diesbezügliche Erkenntnisse mitteilen, Warnungen zukommen lassen oder die Stadt bezüglich sinnvoller Maßnahmen beraten oder informieren?**

**a) Falls ja, welche Behörden sind dies und welche Erkenntnisse, Warnungen, Ratschläge oder Informationen wurden ausgetauscht?**

**b) Falls keine Erkenntnisse oder Kontakte bestehen: Bitte darlegen, weshalb die Stadt Gefährdungen durch Störereignisse oder gar terroristische Anschläge nicht betrachtet, um Gefahren möglichst einzugrenzen und zu minimieren.**

2., 2a, 2b

"Terrorabwehr" ist keine kommunale Aufgabe.

**3. Ist die Stadt auf einen plötzlichen Ausfall kritischer Infrastruktur vorbereitet? Wenn ja, wie? Wenn nein, weshalb nicht?**

**Bitte aufschlüsseln nach Gruppen und insbesondere folgende Punkte bei der Beantwortung berücksichtigen:**

**Energieversorgung, Strom, Kraftstoff, Gas, Wasser, Abwasser, Kommunikation (hier insbesondere Telefon, Internet, Fernsehen, Radio) sowohl für Bürger und Unternehmen als auch für Behörden und Versorgungsunternehmen.**

**a) Falls für eine solche Vorbereitung andere Behörden oder Einrichtungen etwa Landes- oder Bundesebene zuständig sind, bitte darlegen ob und wie eine Abstimmung, Zusammenarbeit oder Koordination mit der Stadt erfolgt.**

Wir verweisen u.a. auf die Antworten zu den Anfragen 0130/2026, 1712/2025, 0059/2026, 0206/2021, 1632/2022 ,1705/2022, 0942/2025 oder auch die Vorlagen 1287/2022 und 1005/2025.

- 4. Sind eventuell vorhandene Katastrophenschutzpläne aktuell? Wurden Katastrophenschutzpläne und Maßnahmen aufgrund sich ändernder Gefahrenlagen überarbeitet oder ist dies geplant? Falls ja, wann und wie, falls nein weshalb nicht?**

Ja, die Pläne sind aktuell und werden fortwährend aktualisiert.  
Siehe auch Antwort zu 3.

- 5. Wie lange können mit technischem Gerät erwartbare Ausfälle in welchem Umfang kompensiert werden?**

Siehe Antwort zu 3.

- 6. Gibt es dezentrale Strukturen wie Notstromaggregate, Wasseraufbereitungsanlagen oder dergleichen zur Versorgung der Bevölkerung? Wenn ja, in welchem Umfang? Wenn nein, weshalb nicht? Ist der Aufbau bzw. Ausbau solcher Strukturen geplant?**

Siehe Antwort zu 3.

- 7. Für wie viele Personen sind Schutzräume welcher Art angelegt, vorbereitet oder geplant? Wurde diese Kapazität geplant oder wie kommt die Zahl der Plätze zustande?**

Das BBK schreibt hierzu:

[...]Aus diesem Grunde beschloss der Bund im Einvernehmen mit den Ländern im Jahr 2007 das bisherige Konzept aufzugeben und die Schutzräume aus der Zivilschutzbindung zu entlasten.

Die aktuelle Bedrohungslage ist vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen russischen Überfalls auf die Ukraine jedoch neu zu bewerten. Hierzu bedarf es einer aktuellen Bedrohungs- und Risikoanalyse. Erst auf Grundlage einer solchen Analyse kann über das weitere Vorgehen im Bereich des Zivilschutzes entschieden werden.

[https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Risikomanagement/Baulicher-Bevoelkerungsschutz/Schutzbauwerke/schutzbauwerke\\_node.html](https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Risikomanagement/Baulicher-Bevoelkerungsschutz/Schutzbauwerke/schutzbauwerke_node.html)

- 8. Ist der Stadt Mainz bekannt oder hat die Stadt Erkenntnisse durch andere Behörden über die Tätigkeit von linksterroristischen oder mit diesen sympathisierenden bzw. diese unterstützenden Gruppen wie etwa der sogenannten Antifa, der „Migrantifa“ oder dergleichen mehr in Mainz?**

Nein.

- 9. Sieht die Stadt Bedarf für weitere Vorsorgemaßnahmen oder sind die aktuell bestehenden Maßnahmen aus Sicht der Verwaltung genügend?**

Siehe obenstehende Antworten, insb. Antwort zu 3.

Mainz, 26. Januar 2026

gez.

Nino Haase  
Oberbürgermeister